

Walliser Bote; 14. Juni 2013

Ausgaben-Nr. Seite 18

Schweiz

Bern | Nationalrat setzt auf den Masterplan Hausarztmedizin

Die Politik will Zeit gewinnen

Der Nationalrat will den Gegenvorschlag zur Hausarztinitiative noch nicht unter Dach bringen.

Er hat am Donnerstag entschieden, an seiner Version festzuhalten. Dies vor allem aus taktischen Gründen: Die Politik will Zeit gewinnen. Wichtiger als ein neuer Verfassungsartikel ist in den Augen vieler der «Masterplan Hausarztmedizin», den Gesundheitsminister Alain Berset lanciert hat. Der Plan beinhaltet konkrete Massnahmen zur Stärkung der Hausärztinnen und Hausärzte, unter anderem in der Aus- und Weiterbildung. Damit die Hausärzte nicht mehr so viel weniger verdienen als die Spezialisten, soll das Tarifsystem TARMED revidiert werden. In diesem Punkt ist allerdings noch keine Einigung erzielt worden.

Die Frage der Entschädigung sei aber entscheidend, sagten die Rednerinnen und Redner im Nationalrat. Nur wenn dieser Punkt geregelt sei, könnten die Initianten ihr Begehren zurückziehen. Gesundheitsminister Alain Berset stellte Entscheide bis im Herbst in Aussicht.

Dem Masterplan eine Chance geben

Aus Sicht der Mehrheit im Nationalrat sollten die Räte deshalb abwarten. Der Masterplan hänge eng mit der Initiative zusammen, sagte Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH). Die Initianten sollten ihm eine Chance geben können. Dies könnten sie nicht, wenn die Räte den direkten Gegenvorschlag bereits jetzt verabschiedeten.

Der Nationalrat hielt in der Folge beim Gegenvorschlag an seiner Version fest. Er möchte etwas stärker auf die Forderungen der Hausärzte eingehen und im Gegenvorschlag verankern, dass Bund und Kantone die Steuerungsfunktion der Hausärzte stärken. Dass die Hausärzte eine solche Funktion haben sollen, war schon in der Managed-Care-Vorlage vorgesehen, welche das Volk abgelehnt hat. Der Ständerat möchte die entsprechende Klausel deshalb streichen.

Nein zur Initiative

Einig sind sich die Räte in ihrer Haltung zur Initiative: Sie empfehlen dem Stimmvolk, das Volksbegehren «Ja zur Hausarztmedizin» abzulehnen. Die Mehrheit ist indes der Auffassung, dass es dringend Massnahmen gegen den Hausärztemangel braucht. Deshalb soll dem Volk ein Gegenvorschlag unterbreitet werden.

Die Initiative verlangt eine gezielte Förderung der Hausärztinnen und Hausärzte. Diese sollen in der Regel die erste Anlaufstelle sein für Patienten. Der Bund müsste bei einem Ja Vorschriften erlassen über die Ausbildung, den Zugang zum Beruf und die Abgeltung der Leistungen.

Ärztestopp mit Ausnahme?

Die Frage, ob Mediziner mit mehrjähriger Weiterbildung in der Schweiz vom Ärztestopp ausgenommen sein sollen, spaltet das Parlament. Der Nationalrat beharrte am Donnerstag auf einer Ausnahme. Der Bundesrat sieht dadurch die Personenfreizügigkeit verletzt. Mit zwei Differenzen geht die Vorlage zurück in den Ständerat. Die Kommission des Ständerats hatte zur Frage der Personenfreizügigkeit zwei Völkerrechtsexperten eingeladen - diese kamen jedoch nicht zum gleichen Schluss. Die kleine Kammer entschied dann, dass Ärzte, die sich während einiger Jahre in der Schweiz weitergebildet haben, nicht vom Zulassungsstopp für Spezialärzte ausgenommen werden sollen. Der Nationalrat beharrte jedoch am Donnerstag auf der Ausnahme, die er vorgeschlagen hatte. Für Maja Ingold (EVP/ZH) geht es darum, dem Nachwuchs mit Schweizer Spitalerfahrung «nicht die Türen in die Praxis zu verschliessen». Wegen eines möglichen Konflikts mit der Personenfreizügigkeit kam der Nationalrat Bundesrat und Ständerat etwas entgegen und schlug neu eine Weiterbildung von mindestens drei statt fünf Jahren vor. Drei Jahre gelten auch für Anwälte. Trotzdem stellte sich Gesundheitsminister Alain Berset dagegen. «Dieser Antrag ist nicht vereinbar mit der Personenfreizügigkeit und anderen internationalen Vereinbarungen», sagte er. Der Bundesrat wollte an seiner Version festhalten und pochte deshalb auf eine Abstimmung. Sie fiel mit 102 zu 77 bei einer Enthaltung deutlich aus.

Patienten sollen mitreden

Eine zweite Differenz hat der Nationalrat neu geschaffen - ebenfalls deutlich mit 104 zu 77 Stimmen bei einer Enthaltung. Künftig sollen für die Abklärung der Notwendigkeit eines Ärztestopps auch die Patienten angehört werden. Toni Bortoluzzi (SVP/ZH) warnte vor einer «unnötigen Verkomplizierung» der Abläufe. Jacqueline Fehr (SP/ZH) hielt entgegen, im Kern gehe es im Gesundheitswesen immer um die Patientinnen und Patienten. Wieder gekippt hat die grosse Kammer einen Passus des Ständerats, der wollte, dass der Bundesrat die Kriterien für einen Stopp im Einvernehmen mit den Kantonen festlegt. Der Nationalrat will, dass die Kantone lediglich angehört werden. Die Vorlage soll bereits am 1. Juli in Kraft treten. Mit einer Neuauflage des Zulassungsstopps sollen die Flut neuer Praxisbewilligungen in einzelnen Regionen gebremst und die Kosten eingedämmt werden. Betroffen sind vor allem die grenznahen Kantone Genf und Tessin sowie Zürich. | sda

Abwarten. Der Nationalrat verabschiedet den Gegenvorschlag zur Hausarztinitiative vorerst noch nicht. Foto keystone